Genitalverstümmelung an Mädchen in Hamburg: Kritik an Jugendamt wegen Unterlassung sicheren Schutzes

Vier Mädchen Opfer von Genitalverstümmelung, zwei jüngere Schwestern gefährdet, kein Unrechtsbewusstsein bei den Tätern - aber das Jugendamt reagiert unzureichend

Hamburg, den 20.02.2012: Die TaskForce für effektive Prävention von Genitalverstümmelung e.V. kritisiert das Jugendamt Hamburg Nord und insbesondere den zuständigen Kinderschutz-Koordinator Roland Schmitz für seine Unterlassung, alle gebotenen Maßnahmen auszuschöpfen, um zwei akut gefährdete Mädchen vor der Misshandlung der Genitalverstümmelung zu schützen. Dabei handelt es sich bei den Eltern um mehrfache Verstümmelungstäter, die bis heute kein Unrechtsbewusstsein für ihre Tat zeigen: Das Ehepaar aus Gambia hat vor ca. 10 Jahren vier Töchter während einer "Ferienreise" genital verstümmeln lassen und das älteste Mädchen (damals 10 Jahre alt) sogar zurückgelassen.

Die TaskForce berichtete bereits im Januar 2010 über den Fall (http://www.news4press.com/Hamburger-Gerichtsbeschluss-rettet-zwe_510190.html). Damals wurde durch eine einstweilige Verfügung die Absicht der Täter vereitelt, auch die beiden jüngsten Töchter zur Verstümmelung nach Gambia zu verbringen.

Jetzt wurde der Fall neu aufgerollt und das weitere Vorgehen der Behörden recherchiert - mit alarmierendem Ergebnis: Trotz fehlenden Unrechtsbewusstseins der Täter-Eltern und anhaltender Gefährdung der Kinder stellt das Jugendamt keinen sicheren Schutz der Mädchen her: Das Jugendamt akzeptierte 2011 ohne Widerspruch, dass den Eltern vom Amtsgericht Hamburg Barmbek das Aufenthaltsbestimmungsrecht wieder zugesprochen wurde und sie zu jedem Zeitpunkt ungehindert mit den Kindern für die Verstümmelung nach Gambia hätten reisen können. Die im Gegenzug auf das Jugendamt übertragene Gesundheitsfürsorge - d.h. die Möglichkeit, die Mädchen regelmäßig auf genitale Unversehrtheit untersuchen zu lassen - gab das Jugendamt freiwillig im Zuge einer weiteren Gerichtsverhandlung vor dem OLG Hamburg wieder ab.

Laut Kinderschutz-Koordinator Roland Schmitz habe man sich gegen regelmäßige Unversehrtheits-Kontrollen entschieden, weil "weil man die Mädchen nicht auf ihre Geschlechtlichkeit reduzieren wolle?•. Schmitz vertritt zudem die Auffassung, die Mädchen seien in Hamburg nicht gefährdet - obwohl bekannt ist, dass Verstümmelungstäter i.d.R. Mittel und Wege finden (z.B. durch extra eingeflogene Verstümmlerinnen), das Verbrechen auch hierzulande zu verüben - und es sich im konkreten Fall um uneinsichtige potentielle Wiederholungstäter handelt.

In den vergangenen Jahren hat die TaskForce immer wieder gravierendes Fehlverhalten der Hamburger Behörden im Umgang mit konkreten Fällen von Gefährdung minderjähriger Mädchen, bzw. verübter Genitalverstümmelung dokumentiert. Die Erfahrungen zeigen, dass die zögerliche oder fehlende Umsetzung der Schutzmaßnahmen keineswegs auf einem etwaigen Mangel an den nötigen Informationen zu Genitalverstümmelung, der Rechtslage, den rechtlichen Möglichkeiten etc. beruht, sondern vielmehr auf einer massiven Unterschätzung der Täter bzw. der Gefährdungssituation sowie dem fehlenden Problembewusstsein, dass die oberste Priorität dem Schutz der Opfer zu gelten hat.

Die TaskForce bekräftigt nun ihre Forderung an das zuständige Jugendamt Hamburg Nord, den Schutz der Mädchen durch die Einschränkung des Aufenthaltsbestimmungsrechts (Hinterlegung der Reisepässe der Kinder beim Jugendamt) und Übertragung der Gesundheitsfürsorge sicherzustellen.

Die vollständige Chronologie des Falles finden Sie hier: http://www.taskforcefgm.de/2012/02/genitalverstummelung-an-madchen-in-hamburg-jugendamt-verweigert-sicheren-schutz-teil-1/

Pressekontakt

TaskForce für effektive Prävention von Genitalverstümmelung e.V.

Frau Ines Laufer
Postfach 304270
20325 Hamburg

taskforcefgm.de
info@taskforcefgm.de

Firmenkontakt

TaskForce für effektive Prävention von Genitalverstümmelung e.V.

Frau Ines Laufer
Postfach 304270
20325 Hamburg

taskforcefgm.de
info@taskforcefgm.de

Die TaskForce setzt sich als gemeinnützige Kinderrechtsorganisation für den sicheren Schutz der von Genitalverstümmelung bedrohten Mädchen in Deutschland ein. Ziel ist die Einführung effektiver staatlicher Präventionsmaßnahmen für alle 30.000 bis 50.000 gefährdeten Kinder.

Dafür untersucht die TaskForce das Verhalten von Organisationen, Institutionen und Politikern im Hinblick auf ihre Möglichkeiten, Genitalverstümmelungen zu verhindern und Mädchen zu schützen. Die TaskForce deckt nicht nur Misstände auf, sondern erarbeitet praktikable Lösungen und fordert deren Umsetzung.

Die TaskForce ist eine von Länder-Ministerkonferenzen anerkannte Fachorganisation, wenn es um die Bereitstellung von Informationen zu Genitalverstümmelungen und Einzelberatung geht.

Mit dem Kinderschutz-Projekt "SOS FGM" betreibt die Organisation die einzige bundesweite Notruf-Hotline, berät Fachkräfte und unterstützt alle Ratsuchenden.

Die TaskForce ist außerdem Teil des "Bündnis zum Schutz von Mädchen vor Genitalverstümmelung", das sich für nachhaltigen, konsequenten Schutz von Mädchen in Entwicklungshilfeprojekten einsetzt.

Anlage: Bild